Nicola Beer - 22. Februar 2017

Kunst und Politik

Gemeinsam für eine freie Gesellschaft

„Die Kunst ist eine Tochter der Freiheit“, vermerkte Friedrich Schiller. Ohne Freiheit keine Kunst. Sie ermöglicht das Ausleben der eigenen Kreativität, künstlerisches Schaffen, ja überhaupt den Beruf des Künstlers. Dabei begleiten, reflektieren, kommentieren und kritisieren die Kunst- und Kulturschaffenden die Entwicklung unserer Gesellschaft und des Individuums in ihr mit ihren Werken. Nicht nur als stiller Beobachter oder Privatperson. Indem sie ihre Werke ausstellen bzw. veröffentlichen, nehmen sie bewusst Stellung, konfrontieren uns alle mit ihrer Aussage, halten uns den Spiegel vor. Sie tragen zur Sinnfindung bei, für den Einzelnen, aber auch die Gesellschaft als Ganzes. Wieso dann in Sachen der „res publica“ zum Eunuchen werden? Und: Wie sollten sich unsere Gesellschaft und ihre grundlegenden Werte, so wie wir sie in unserem Grundgesetz als Basis unseres Zusammenlebens niedergelegt haben, von Fragen des Zustands unserer Demokratie, unseres Rechtsstaates, der Zukunftsfähigkeit unseres Landes trennen lassen? Kann Kunst völlig unpolitisch sein oder ist sie dann nur gutgemachter Zierrat? Jedenfalls ist es nicht im Interesse unseres Landes, dass sich ein ganzer Berufsstand als politikunfähig bezeichnet. Eine derartige Flucht ins Private wie zu Biedermeierzeiten ziemt sich nicht für Persönlichkeiten, deren Schaffen so untrennbar mit der Garantie von Freiheit durch Staat und Demokratie verbunden ist, wie die des Künstlers. Doch die Freiheit geht schleichend verloren, wenn wir sie nicht täglich aufs Neue verteidigen. Und aktuell werden die Angriffe auf die Freiheit – des Wortes, des Berufs, des Glaubens, der Lebensgestaltung – sogar immer unverhohlener geführt.

Deshalb stellt sich in meinen Augen nicht die Frage, ob Künstler sich beteiligen oder politisch engagieren dürfen. Und zwar unabhängig davon, ob es sich um bekannte Gesichter handelt oder nicht. Doch sie tragen Verantwortung dafür, wie sie es tun. Ein Blick allein in unsere jüngste Geschichte zeigt, wie sich etwa im Dritten Reich oder der DDR Künstler zur Rechtfertigung von Unrechtssystemen missbrauchen ließen, gleichsam als Hofschranzen eines Regimes im vorauseilenden Gehorsam die vermeintlich intellektuelle Grundlage lieferten oder auch nur dekorative Ablenkung vom tatsächlichen Zustand. Die Verteidigung unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung ist eine zentrale Aufgabe aller Bürger. Gerade jetzt, angesichts steigender Unsicherheiten, Systemen im Umbruch, wachsendem Populismus, immer offener zutage tretendem Rassismus und Menschenverachtung. Aus diesem Grund erscheint die durchaus provozierende These von Olaf Zimmermann als zu abstrakt und darf nicht dazu führen, dass das politische Engagement, gerade von Künstlern, reduziert wird. Sie sollten ihre Meinungen und Forderungen einbringen. Dies kann die Diskussion nur bereichern. Wir brauchen dringend mehr intensiven Diskurs, mehr kontroverses Ringen um die beste Lösung, weniger klebrige Konsenssauce. Sie müssen aber auch ertragen, dass ihre Positionen kritisiert oder gar abgelehnt werden. Doch das ist nicht nur der Meinungsfreiheit immanent, es dürfte auch eine Erfahrung sein, die jeder Künstler

mit der Präsentation seiner Werke schon gemacht hat. Daher: Nur Mut!

Copyright: Alle Rechte bei Deutscher Kulturrat